Dienstag, 5. Dezember 1922 • 51. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 25 M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr 553

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Haltung der Alliierten auf der Vorkonferenz.

Nur Teilberatungen in London?

Mutmaßungen über Italiens Vorschläge.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 5. Dezember.

Die Morgenzeitungen teilen mit, daß der Plan für die Reparationszahlungen, an dem Poincaré arbeite, auf der Konferenz in London noch nicht vollständig vorgelegt werden soll. Dieser Plan wäre zu umfangreich, um in einem kurzen Meinungsaustausch besprochen zu werden; auch hätten die kleineren Verbündeten, die gleichfalls an den Reparationen interessiert wären, das Recht, an den Verhandlungen teilzunehmen. Aus diesem Grunde **soll der Hauptplan erst in Brüssel zur Diskussion gestellt werden,** während die Vertreter der Mächte in London sich damit begnügen werden, nur einen Teil des Projektes zu studieren. Als die Fragen, welche eine eilige Lösung verlangen, werden genannt: die Stabilisierung der Mark und die Mittel, durch die eine tatsächliche Finanzreform in Deutschland herbeigeführt werden kann. Das wäre etwa die Antwort auf das deutsche Gesuch um einen Zahlungsaufschub, das bis 31. Dezember beantwortet werden muß, oder vielmehr, da diese Antwort von der Reparationskommission erteilt werden muß, die Formulierung der bekannten Bedingungen, die Frankreich für die Bewilligung eines Moratoriums stellt. Alles übrige, das heißt die Verrechnung der Kriegsschulden, die Herabsetzung der deutschen Verpflichtungen und die Frage der internationalen Anleihe, soll dann in Brüssel besprochen werden. Dies sind lediglich die französischen Ideen, die im Verlauf der letzten acht Tage verschiedene Male sich geändert haben, und die bei der Diskussion in London sich noch weiter ändern können.

Wie unklar heute noch die Situation ist, zeigen die untereinander verschiedenen Schlußfolgerungen, zu denen die Pariser Zeitungen am gleichen Tage gelangen. Einige Blätter glauben, daß die Vorkonferenz in London wichtiger sein werde als die Hauptkonferenz in Brüssel, und daß sie deshalb bis Mittwoch nächster Woche dauern könne. Andere Zeitungen sind der Ansicht, daß die Londoner Beratungen sehr kurz sein werden, und daß erst in Brüssel das letzte Wort gesprochen werden würde. Dieser letzteren Ansicht ist Millet, der erfahren hat, daß die Pläne der Sachverständigen am letzten Sonntag von Poincaré „streng geprüft" worden sind, und daß nun ein kurzes Resümee der französischen These in Arbeit ist, das heute oder morgen dem Ministerpräsidenten vorgelegt werden soll. Aus diesem Sachverhalt läßt sich vorläufig nur schließen, daß die französische Regierung mit den Sachverständigen wieder einmal nicht der gleichen Meinung ist. Nach der Meinung in politischen Kreisen wird die Konferenz in London sich ungefähr in folgender Weise abspielen: Bonar Law wird keinen Vorschlag machen, sondern die französische These abwarten; Poincaré wird die Bedingungen auseinandersetzen, die Frankreich im Falle einer von der Reparationskommission konstatierten Zahlungsunfähigkeit Deutschlands stellen muß. Thennis wird dann den belgischen Anleiheplan vorlegen, der sich an die Projekte Dubois' und Bisserings anlehnen wird. Hier aber wird das **Eingreifen Mussolinis erwartet, der für Italien einen größeren Anteil verlangt,** wodurch die ganze Diskussion eine unberechenbare Wendung nehmen kann. In Paris wird deshalb stark damit gerechnet, daß Mussolini auf seiner Reise Gelegenheit suchen werde, mit Poincaré zu sprechen. Es ist auch nicht unmöglich, daß Poincaré bereits am Donnerstag nach London abreist, um sich vor Beginn der Beratungen mit Bonar Law ins Einvernehmen zu setzen. Ueber den angekündigten Plan Poincarés schreibt die Zeitung „Cablogramme": „Dieser Plan ist nicht aggressiv. Er zieht die Finanzlage Deutschlands in Betracht und vergleicht (!) sie mit der finanziellen Situation Frankreichs. Wenn die Regierung des Herrn Cuno wirklich gesonnen ist, ein positives Programm anzunehmen, wird sie zugeben müssen, daß dieses französische Projekt durchführbar ist und die deutschen Möglichkeiten nicht übersteigt." Man wird in Deutschland diese Ankündigung mit der Vorsicht aufnehmen, zu der uns frühere Erfahrungen verpflichten.

Neben dem Plan des Ministerpräsidenten Poincaré, von dem so viel die Rede ist, wird in den Kreisen, die mit der internationalen Finanz Berührung haben, ein anderes Projekt besprochen, für das angeblich auch einige französische Politiker von Bedeutung — darunter ein früherer und ein wahrscheinlich kommender Minister — Stimmung machen sollen. Zum Zwecke der Information seien die Grundlinien dieses Planes mitgeteilt: 1. Die Verbündeten verzichten auf einen Teil der Rechte, die sie nach dem Versailler Friedensvertrag auf das besetzte Deutschland haben zugunsten eines internationalen Bankierkonsortiums, das eine Anzahl von Anleihen placiert. 2. Diese Anleihen, die den Betrag von 20 Milliarden erreichen können, dienen zum Teil zur Sicherung der Reparationen, besonders der Sachlieferungen, während der andere Teil zur Stabilisierung der Mark und zum Ankauf von Rohstoffen verwandt wird. 3. Deutschland wird Nutznießer dieser Anleihen, nachdem Frankreich provisorisch(?) befriedigt worden ist. Drei Jahre lang bliebe Deutschland von seinen Zahlungsverpflichtungen befreit. 4. Nach diesen drei Jahren werden die Verbündeten oder, falls entsprechende Abmachungen getroffen worden sind, nur Frankreich in einer noch zu vereinbarenden Höhe an deutschen Unternehmungen interessiert. Diese letzte Bedingung soll nach der Meinung der Anhänger dieses Projektes nicht nur Frankreich die nötige Ergänzung der Reparationszahlungen bringen, sondern zugleich eine Sicherung gegen jeden „Revanchegedanken" Deutschlands bedeuten. Dieser Plan, der wie eine Verschmelzung mehrerer in letzter Zeit erörterter Projekte aussieht, ist unzweifelhaft klug erwogen, dürfte aber vorläufig daran scheitern, daß Poincaré niemals daran denken wird, auf irgend ein Recht aus dem Versailler Vertrag zu verzichten. Es wäre eine Illusion, zu glauben, daß die Mehrheit des französischen Volkes jetzt schon in dieser Beziehung anders denkt, als der Ministerpräsident. Soweit sind wir heute noch nicht in Frankreich. Nur ein kleiner Kreis einsichtiger und mutiger Männer vertritt ungefähr die Gedanken, die vorher entwickelt worden sind.

Zusage Mussolinis.

Eine Havas-Note über die Londoner Beratungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 5. Dezember.

Die „Tribuna", die jetzt den Anschluß an die Regierung gefunden hat, schreibt, die auf den 9. Dezember festgesetzte Londoner Konferenz über die Reparationen werde wahrscheinlich auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Mussolini bedeutete nämlich den alliierten Kabinetten, daß die Konferenz unnütz sei, wenn nicht zuvor eine Plattform für eine gemeinsame Verständigung, beispielsweise in der Richtung der Verknüpfung der interalliierten Schuldenfrage mit der Reparationsfrage, gefunden werde. Dieser vorherigen Einigung scheine aber der Widerstand Amerikas entgegenzustehen. Wenn die Konferenz sich lediglich mit der Feststellung der deutschen Zahlungsmöglichkeiten oder mit der Erörterung eines etwaigen neuen Moratoriums beschäftigen solle so genüge die Reparationskommission, ohne daß die Premiers sich zu bemühen brauchen. Immerhin sei es nicht ausgeschlossen, daß schließlich noch im letzten Augenblicke auch ohne die Teilnahme Amerikas eine Plattform gefunden werde und die Konferenz doch noch stattfinden könne. (Dieser Darstellung steht der Havas-Bericht entgegen, der die bereits erfolgte Zusage Mussolinis zur Teilnahme an der Londoner Vorkonferenz meldet. D. Red.)

Paris, 5. Dezember. (W. T. B.)

Havas veröffentlicht eine Mitteilung, in der es heißt: Mussolini hat die Einladung, sich nach London zu begeben, angenommen. Der italienische Ministerpräsident wird sich nicht in Paris aufhalten, um vorher mit Poincaré zu beraten; er begibt sich direkt nach London. Poincaré wird wahrscheinlich am Freitag mit dem Finanzminister de Lasteyrie abreisen. Nach französischer Ansicht wird die Londoner Zusammenkunft nicht den Charakter einer wirklichen interalliierten Konferenz haben. Es könne sich nur um einen einfachen, offiziösen Meinungsaustausch handeln, und diese privaten Unterredungen müßten zum ersten Ziele haben, nach einem gemeinsamen Uebereinkommen die Modalitäten der Brüsseler Konferenz festzustellen, deren Einberufung man in Paris fortgesetzt für notwendig halte. Es sei unter diesen Umständen nicht anzunehmen, daß Poincaré in London einen umfassenden Zahlungsplan für die Reparationen oder einen bestimmten Plan zur Regelung der interalliierten Schulden zur Sprache bringen und entwickeln werde. Die Erörterung dieses Programms solle der Brüsseler Konferenz vorbehalten bleiben, wo neben den siegreichen Großmächten auch die Vertreter der kleinen Entente anwesend sein würden. In Paris nimmt man an, daß die Londoner Verhandlungen nicht länger als zwei Tage dauern werden.

Unterhausdebatte über die Sanktionsdrohungen.

Erklärungen Bonar Laws.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 5. Dezember.

Bonar Law hat im Unterhause einige Fragen beantwortet, die auf die Haltung der englischen Regierung gegenüber den französischen Plänen Bezug hatten. Es ist aber nicht unwichtig, mit dem Bericht hierüber zu vergleichen, was französische Blätter über diese Angelegenheit sagen. Die beste Wiedergabe findet sich im „Excelsior". Der Abgeordnete Kennworthy fragte: 1. Ob die englische Regierung über den französischen Plan informiert sei, einen Teil des Ruhrgebietes zu besetzen und in diesem Gebiet ebenso wie im besetzten Rheinland eine französische Verwaltung einzuführen; 2. ob die Regierung vorher über diesen Plan befragt wurde. Bonar Law antwortete: „Ich habe keine Information über die erwähnten Pläne erhalten. Die englische Regierung ist nicht befragt worden." Auf eine weitere Frage Kennworthys verspricht Bonar Law, alles, was ihm über diese Frage bekannt wird, im Unterhause mitzuteilen. Danach nimmt der Deputierte Wedgwood Benn die Diskussion auf und fragt, ob die Regierung sich durch die Erklärung des früheren Kabinetts gebunden fühle, daß England an keiner militärischen Operation gegen Deutschland teilnehmen würde. Bonar Law: „Ich glaube nicht, daß die frühere Regierung eine Erklärung in diesem Wortlaut abgegeben hat. Wenn ich mich nicht täusche, bezog sich ihre Erklärung auf einen Bündnisfall. Ich bitte aber, diese Antwort nicht als einen Ausdruck meiner Ansicht über diese Frage zu betrachten. Ich enthalte mich in diesem Augenblick jeder Meinungsäußerung." Später wird Bonar Law gefragt, ob er geneigt sei, Aufschluß über die Stellung der Regierung in der Orientfrage zu geben. Bonar Law erklärte: „Da ich mich demnächst mit den verbündeten Ministern treffen werde und vorläufig nicht weiß, was sie vorschlagen, kann ich in diesem Augenblick wirklich nichts sagen." Ein Mitglied der Arbeiterpartei verlangt, daß als Vorbedingung für weitere Verhandlungen wenigstens die Räumung des rechten Rheinufers verlangt werden solle. „Ich kann im Augenblick diesen Worten nichts hinzufügen" antwortete der Ministerpräsident. Diese Darstellung findet sich im „Excelsior". Die anderen französischen Zeitungen lassen die Ausführungen der Abgeordneten der Arbeiterpartei vollständig fort und verschweigen einen Teil der Antworten Bonar Laws, so daß die französischen Leser ein ganz falsches Bild gewinnen müssen.

Krisenmacherei in Preußen?

Stegerwald und Graf Westarp hinter den Kulissen.

Aus parlamentarischen Kreisen Preußens erhalten wir die folgende Zuschrift, die wir wiedergeben, um die Aufmerksamkeit auf gewisse Vorgänge hinter den Kulissen der großen Koalition in Preußen zu lenken. Die Redaktion.

In Zeitungsartikeln und Reden verkündet es Herr Stegerwald, andere rechtsstehende Blätter drucken es mit sichtbarer Freude nach, und in der „Kreuzzeitung" unterstreicht es Graf Westarp: Nachdem die Sozialdemokraten im Reich aus der Regierung ausgeschieden sind, sei es eigentlich zuviel des unverdienten Guten daß man sie in den Ländern, und insbesondere in Preußen, noch in den Regierungen, und gar noch in den besonders wichtigen Innenministerien, beließe. Ueberall wird es so dargestellt, als ob ein zwangsläufiger Zusammenhang zwischen der Mitverantwortung im Reiche und der Verwaltungsarbeit in den Ländern bestände. Daß die Deutsche Volkspartei schon seit dem November vorigen Jahres, also ein volles Jahr, in der preußischen Regierungskoalition sitzt, während sie im Reiche bis dahin außerhalb der Regierung und vielfach in der Opposition stand, scheinen Herr Stegerwald, Graf Westarp und die übrigen Kritiker geflissentlich zu übersehen. Sie begehen den Grundirrtum vor allem darin, die Erlaubnis zur Mitarbeit in den Landesregierungen als eine Art Prämie für das Eingehen des Risikos bei der Uebernahme der Verantwortung im Reiche anzusehen. Es ist notwendig, dieser Auffassung denn doch einmal entgegenzutreten, damit nicht auf die Dauer Ansichten sanktioniert werden, die schließlich mit dem Wesen eines demokratischen Parlamentarismus nichts zu tun haben.

Die Aufgaben der Regierungskoalition im Reich und in den Länder sind grundverschieden. Im Reiche liegt das Schwergewicht der Tätigkeit nach außen in der Führung der auswärtigen Politik und nach innen in der Gesetzgebung. Bei den Ländern aber ist die Regierungstätigkeit in der Hauptsache auf die eigentliche Verwaltung beschränkt. Es ist nun bei der Vielheit der heute auftauchenden Probleme gar nicht zu vermeiden, daß sehr häufig insbesondere auf dem Gebiete der Einstellung zur auswärtigen Politik, dann aber auch bei all den mit dem Versailler Diktat unmittelbar zusammenhängenden Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik tiefgehende Differenzen zwischen den Koalitionsparteien im Reiche sich auftun. Gegensätze, die um so schwerer wiegen müssen, als sie sehr häufig weit über das Gebiet der Taktik und der einfachen Zweckmäßigkeitsfragen hinaus an die Anschauungswelt der einzelnen Parteien rühren und auch zuweilen, was am peinlichsten empfunden wird, einzelne Parteien in Prestigefragen vor radikale Entscheidungen stellen. Aus diesem Grunde wird es gar nicht zu vermeiden sein, daß bei der Reichskoalition, solange sie eben eine offizielle Koalition parlamentarischer Parteien ist, einmal dieser und ein andermal jener Faktor ausscheidet, weil er nach seinen politischen Grundanschauungen eine bestimmte Phase der Regierungspolitik nicht mitmachen kann und will, und dann nach dem Muster aller parlamentarisch regierten Länder für einige Zeit in die Opposition übergeht. Es wäre nun einfach widersinnig und würde ein völliges Verkennen der verschiedenartigen Aufgaben im Reich und in den Ländern bedeuten, wenn ein solcher Vorgang im Reiche dann jedesmal automatisch den gleichen Wechsel in den Ländern zur Folge hätte. Antagonismen zwischen der Zusammensetzung der Reichsregierung und den einzelnen Ländern werden entsprechend der verschiedenartigen Zusammensetzung der Bevölkerung in den einzelnen Landesteilen nach ihren politischen Gesichtspunkten immer vorhanden sein und wirken zumeist nach der einen oder anderen Seite hin ausgleichend und bremsend. Daß derartige Gegensätze auch im Frieden bestanden, wo den beim Reichstag mit seiner starken Linken ein preußisches Abgeordnetenhaus mit seiner künstlich niedergehaltenen Demokratie und Sozialdemokratie gegenüberstand, ist ja noch in aller Erinnerung. Ebenso, daß noch vor kurzer Zeit bei der verschiedenartigen Zusammensetzung der Reichsregierung und der bayerischen Regierung sehr scharfe Gegensätze vorhanden waren, ohne daß es den Herren Stegerwald und Graf Westarp je eingefallen wäre, zu verlangen, daß die Sozialdemokraten, die im Reiche den stellvertretenden Kanzler stellten und eine Anzahl wichtiger Ministerien besetzt hatten, nun auch aus Gründen des politischen Ausgleichs wieder an der bayerischen Regierungsgewalt beteiligt werden müßten.

Es scheint also, als ob hier denn doch etwas auffällig mit ungleichem Maß gemessen wird, was bei einem so extrem rechtsparteipolitisch festgelegten Politiker wie Graf Westarp ja nicht unverständlich erscheint. Aber Herr Stegerwald, der doch früher andauernd nach der großen Koalition in Preußen verlangt hat, sollte doch jetzt seiner eigenen politischen Arbeit nicht so zuwiderhandeln, daß er nunmehr diese Koalition wieder zerbrechen möchte. Er scheint mit derartigen Reden und Artikeln die bereits mehrfach aufgetauchte Vermutung zu bestätigen, daß er sich andauernd nach rechts drücken lasse, und daß sein ganzes Bestreben dahin gehe, die Führerschaft der Reichstagsfraktion des Zentrums an sich zu reißen und, entgegen dem Sinne Dr. Wirths, der Fraktion und Partei die Order „rechtsschwenkt, marsch!" aufzuzwingen.

Ein so gewandter Politiker wie Herr Stegerwald muß sich darüber klar sein, daß seine augenblickliche Tätigkeit nur als ein Versuch aufgefaßt werden kann, die Deutsche Volkspartei in Preußen aufzuputschen; das heißt, sie in allen wichtigen Fragen des Kabinetts, insbesondere in den Personalfragen, zu stärkerer Gegnerschaft gegen die sozialdemokratischen Ministerkollegen aufzureizen. Als Druckmittel, denkt sich Herr Stegerwald, ganz ein Kopf und ein Herz mit Graf Westarp, könnte noch immer die Drohung dienen: „Meine